

„Hinterzimmer für Lobbyisten“

Diskussionsabend der SPD in Dettingen zum Thema „Ein Jahr nach der Wahl“

23/11/2010
S. 15
Teckblick

„Ein Jahr nach der Wahl – Chaostruppe Schwarz-Gelb“: Zu diesem Thema fand jüngst ein Diskussionsabend der SPD im Restaurant Teckblick in Dettingen statt. Zu Gast war der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold.

Dettingen. Belege für das „Chaos-Jahr“ gebe es leider genug, meinte Rainer Arnold: egal, ob es um die Gesundheitspolitik oder um die Atompolitik von Schwarz-Gelb gehe. Der Politiker bedauerte, dass es keine zwölf Monate gedauert habe, um aus dem Kanzleramt ein Hinterzimmer für Lobbyisten zu machen. Den Auftakt bildeten zu Beginn des Jahres die Steuerprivilegien für Hoteliers, was für die Länder und Kommunen Einnahmeverluste von 2,8 Milliarden Euro bedeutet habe. Fatal sei zudem die Verlängerung der AKW-Laufzeiten um durchschnittlich zwölf Jahre als Geschenk an die großen Energiekonzerne. Der mühsam von Rot-Grün ausgehan-

delte Atomkonsens zum Atomausstieg sei zerschlagen worden. Die Folgen habe man bereits jetzt bei den Protesten in Gorleben feststellen können.

Der Gesamtgewinn, den die Konzerne einstreichen würden, läge bei 30 Milliarden, informierte Arnold. Hier sei die Brennelemente-Steuer bereits abgezogen. „Besonders ärgert mich, dass es keine wesentlichen zusätzlichen Sicherheitsauflagen gibt. Auch die Endlagerfrage ist doch nach wie vor ungelöst“, ärgerte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete.

Dringenden Handlungsbedarf sahen Arnold und die Mitdiskutierenden aber auch beim Thema Gesundheitspolitik. Die Regierung stelle diese Reform als einen Durchbruch dar. Doch wer genauer hinsehe, würde schnell erkennen, dass wichtige Grundsäulen des solidarischen Gesundheitssystems eingerissen würden. Immer stärker würden die Schwachen belastet, während die private Versicherungswirtschaft und die Pharmaindustrie profitierten. Die gesetzlich Versicherten müssten

künftig mit ständig steigenden Zahlungen rechnen, während die Arbeitgeber aus dem paritätischen Finanzierungssystem entlassen würden. „Die werden sich deshalb in Zukunft auch nicht mehr für ein kostengünstiges System einsetzen“, gab der Bundestagsabgeordnete zu bedenken. Die Erhöhung würde schleichend eingeführt – dies könne man mit dem „Frosch-Experiment“ verdeutlichen: „Wirft man einen Frosch in kochend heißes Wasser, so springt er raus und ist gerettet. Wirft man ihn in kaltes Wasser und erhitzt es langsam, so gewöhnt er sich daran und stirbt langsam“.

„Versprechen gebrochen“: So könnte man das Motto von Schwarz-Gelb bezeichnen, sagte Arnold. Ihr Kernsatz „Mehr Netto vom Brutto“ verkehre sich ins Gegenteil.

Darüber hinaus diskutierten die Anwesenden über die Bundeswehrreform. Der Verteidigungsexperte bilanzierte, dass die Bundeswehrreform keine Antworten auf die künftigen Aufgaben gebe und zudem kein Konzept für den Zivildienst enthalte.

Die SPD habe schon lange vorgeschlagen, anstatt der Wehrpflicht einen Freiwilligendienst für junge Menschen einzuführen. Die Regierung greife diesen Vorschlag nun auf, setze sie aber schlecht um: Mit dem neuen freiwilligen Wehrdienst zerstöre der Verteidigungsminister die gute Idee, freiwillige Dienste für die gesamte Gesellschaft zu stärken. Die Familienministerin wolle zudem einen neuen Freiwilligendienst schaffen, anstatt das bewährte gute System wie beispielsweise das Freiwillige Soziale Jahr zu stärken.

Als Schnapsidee bezeichnete Arnold die Forderung Schäubles, den Gemeinden ein Hebesatzrecht auf die Einkommenssteuer einzuräumen. „Wohlhabende ziehen dann in die Gemeinden mit niedrigem Steuersatz. Die Geringverdiener und der Mittelstand können sich das wegen dann steigender Mieten und Grundstückspreisen jedoch nicht leisten.“ Seiner Meinung nach müsse die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen erhalten bleiben. pm